Nr. 83
Juni 2020

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

mitten in der Corona-Krise haben sich in den USA Wut und Verzweiflung ihre Bahnen gebrochen. Nicht zum ersten Mal wird tödliche Polizeigewalt an einem Afroamerikaner zum Anlass für Proteste. Aber diesmal scheinen sie breitere Aufmerksamkeit und eine besondere Wirkung zu entwickeln.

Nicht ohne Grund breiten sich die Proteste über den gesamten Globus aus, haben auch Europa und Deutschland erreicht. Die Lage in den USA ist in vielerlei Hinsicht nicht mit unserer Situation in Deutschland vergleichbar. Und doch ist Rassismus auch bei uns eine längst noch nicht überwundene Quelle von Diskriminierung, Gewalt und Ungerechtigkeit. Selbst der Innenminister hat inzwischen begriffen, dass Rechtsextremismus derzeit die größte Gefahr für die Sicherheit unserer Gesellschaft ist. Das haben die rechtsextremen Anschläge des letzten Jahres und auch der Mord an Walter Lübcke auf schmerzliche Weise verdeutlicht. Aber diese Spitzen der Gewalt erwachsen aus einem Alltagsrassismus, dem sich viele Menschen in Deutschland tagtäglich ausgesetzt sehen. Sie erleben immer wieder, dass sie wegen ihrer Hautfarbe oder eines ungewöhnlichen Namens als fremd, als nicht dazugehörig wahrgenommen werden. Und erfahren entsprechende Behandlung—von Blicken, über Beleidigungen bis hin zu Gewalt. Deswegen ist es gut, dass der Protest auch hier bei uns eine offene Debatte angestoßen hat. Denn jede und jeder von uns sollte eigene Vorbehalte, Denkmuster und Handlungsweisen hinterfragen.

Als Teil unserer Gesellschaft sind auch Behörden, Polizei und Militär nicht frei von Rassismus. Sie sind Institutionen, die unseren Rechtsstaat vertreten und verteidigen und die allen Menschen in gleicherweise verpflichtet sein müssen. Gleichzeitig verfügen sie über besondere Rechte und Instrumente, sie üben Staatsgewalt aus. Wenn wir also Transparenz und Verantwortlichkeit in öffentlichen Institutionen einfordern, dann geht es dabei nicht um einen Generalverdacht gegen Beamtinnen und Beamte. Es geht darum, das Ansehen und die Funktion der Behörden, der Polizei, der Bundeswehr zu verbessern und denjenigen den Rücken zu stärken, die sich für unsere offene Gesellschaft einsetzen und gegen Rassismus stellen.

„Es reicht nicht, ‚kein Rassist´ zu sein. Wir müssen Antirassisten sein“, so hat es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ausgedrückt. Es ist leicht, kopfschüttelnd in Richtung USA zu blicken. Viel schwerer, aber dringend nötig ist es, dass wir hier bei uns konsequent und dauerhaft daran arbeiten, über Jahrhunderte tradierte Formen der rassistischen Diskriminierung zu erkennen, zu benennen und zu bekämpfen. Auch dafür steht die Sozialdemokratie.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Mit Wumms zum Aufschwung

Die Einschränkungen des öffentlichen und des wirtschaftlichen Lebens aufgrund der Bekämpfung des Coronavirus waren einzigartig. Einzigartig ist jetzt auch das Konjunkturpaket, mit dem wir den wirtschaftlichen Wiederaufschwung ankurbeln wollen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokratinnen können wir stolz darauf sein, was wir erreicht haben. Dafür ein paar Beispiele:

Familien und Alleinerziehende entlasten

Wir entlasten ganz bewusst die kleinen Einkommen. Familien bekommen einen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind. Er wird nicht auf die Grundsicherung, Hartz IV, Unterhaltsvorschuss, Kinderzuschlag oder Wohngeld angerechnet. Gleichzeitig wird er so mit Steuerfreibeträgen verrechnet, dass gutverdienende Familien nicht doppelt profitieren, sondern Familien mit weniger Einkommen zielgenau entlastet werden. Wir verdoppeln außerdem den Steuerfreibetrag für Alleinerziehende auf mehr als 4000 Euro. Das bringt eine spürbare Entlastung. Alleinerziehende können im Gegensatz zu verheirateten Paaren (ob mit oder ohne Kindern) kein „Ehegattensplitting“ nutzen.

Langfristig wollen wir als SPD übrigens statt Ehegattensplitting ein „Familiensplitting“, damit diejenigen Steuererleichterungen bekommen, die Kinder versorgen.

Zukunftstechnologien fördern

Die Abwrackprämie hat in der letzten Wirtschaftskrise nachweislich keine nachhaltigen Effekte für die deutsche Wirtschaft bewirkt. Wir richten den Blick auf eine wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltige Zukunft. Deswegen investieren wir in Zukunftstechnologien, um klimaverträglich umzusteuern. Wir starten zum Beispiel eine nationale Wasserstoffstrategie. Wir schaffen Anreize, damit auch Unternehmen Geld in innovative Entwicklung stecken. Außerdem fördern wir die Entwicklung von Elektromobilität, den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur und der Digitalisierung. Auch der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien ist Teil der Vorhaben.

Kommunen unterstützen

Die Kommunen leiden besonders unter dem Einbruch der Einnahmen durch die Gewerbesteuer. Gleichzeitig sind sie es, die für gute Lebensbedingungen vor Ort sorgen. Deshalb ist es uns wichtig, sie finanziell zu entlasten und zu unterstützen. Das tun wir mit einem Solidarpakt für die Kommunen.

Damit können sie in Schulen und Kitas, in Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken investieren und damit gleichzeitig das regionale Handwerk stärken. Die krisenbedingten Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer im Jahr 2020 gleichen Bund und Länder vollständig aus. Außerdem wird der Bund künftig 75 Prozent der Kosten der Unterkunft für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen übernehmen. Das entlastet vor allem finanzschwache Kommunen und schafft mehr Spielräume zum Investieren.

Auch die Maßnahmen zur Modernisierung, die das Konjunkturpaket umfasst, helfen den Kommunen: Beispielsweise die Unterstützung des weiteren Ausbaus der Mobilinfrastruktur und der Kindertagesbetreuung oder auch Hilfen für die Länder bei der Finanzierung des ÖPNV.

Mehr Infos zum Konjunkturpaket gibt es hier.

Verantwortung für Globale Gesundheit

Bis vor kurzem wurde Gesundheitspolitik vor allem als nationale Aufgabe wahrgenommen. Spätestens seit der Covid-19-Pandemie zeigt sich, dass den Gefahren für die menschliche Gesundheit – seien es Epidemien, zunehmende Antibiotikaresistenzen oder der Klimawandel – nicht allein mit nationalstaatlichen Mitteln begegnet werden kann. Deswegen haben wir als SPD-Bundestagsfraktion unter meiner Federführung gemeinsam mit der Unionsfraktion einen umfassenden Antrag erarbeitet, der die Herausforderungen und Handlungsnotwendigkeiten in allen Politikfeldern benennt und eine effektive, ressortübergreifende Strategie der Bundesregierung für Globale Gesundheitspolitik einfordert.

In dem am 26.5. beschlossenen Antrag sprechen wir uns dafür aus, künftig noch intensiver Gesundheitsaspekte in allen Politikfeldern zu berücksichtigen. Über gesundheitsförderliche Lebensbedingungen wird zum Beispiel auch in den Politikbereichen Landwirtschaft, Bildung und Forschung, Handel oder Sicherheit entschieden. Wir wollen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Nachhaltigkeitsziel 3 der Vereinten Nationen zu erreichen: Gesundheit und Wohlergehen für alle Menschen (SDG-3).

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, einen deutlichen Schwerpunkt auf die Stärkung der Gesundheitssysteme weltweit zu legen. Denn eine leistungsfähige Basisgesundheitsversorgung ist die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist die einzige international legitimierte, normgebende Autorität. In ihrer Rolle als Krisenmanager ist sie zuletzt in die Kritik geraten. Sie soll gestärkt und besser finanziert werden. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung, sich international für eine Erhöhung der Pflichtbeiträge stark zu machen und den Reformprozess der WHO politisch voranzutreiben.

Ein möglicher Covid-19-Impfstoff muss ein globales öffentliches Gut sein. Er muss allen Menschen zur Verfügung stehen, die ihn brauchen und geimpft werden wollen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich insgesamt für einen gerechten Zugang zu Arzneimitteln, insbesondere auch in Entwicklungs- und Schwellenländern, sowie für mehr Transparenz im Pharmabereich einzusetzen.

In einer wirklich guten Debatte zum Antrag zeigte sich einmal mehr, wie wenig menschenfreundlich die sogenannte AfD redet und Politik betreibt. Darauf bin ich – nur kurz – auch in meiner Rede eingegangen.

Die Corona-Warn-App ist da!

Helft dabei, Euch und andere zu schützen und das Coronavirus weiter einzudämmen: Wer sich längere Zeit in der Nähe einer Person aufgehalten hat, die später positiv auf Corona getestet wird und die App ebenfalls benutzt, wird darüber informiert, kann sich schnell testen lassen und damit Infektionsketten unterbrechen. Dabei ist höchster Datenschutz gewährleistet: Es werden keine Daten zentral gespeichert, es wird kein Bewegungsprofil o.ä. erstellt, Informationen werden anonymisiert erfasst und nur dezentral auf dem eigenen Handy mit Daten anderer App-Nutzer abgeglichen. Macht mit! Mehr Infos und Links zum Download gibt es hier.

Unterwegs im Landkreis...
etwas anders in Coronazeiten

Viele Menschen haben ihre Arbeit umgestellt in Zeiten von Corona – sie wurde ins Homeoffice und digitale Räume verlegt, durch Kurzarbeit oder Hygienevorschriften verändert. Auch wir Abgeordneten mussten uns umstellen. Normalerweise sind die Wochen zwischen den Plenarwochen in Berlin vollgepackt mit Unternehmensbesuchen, Gesprächen, öffentlichen Veranstaltungen im Wahlkreis, also vor allem mit ganz viel Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Das fiel ab März plötzlich weg und mein Alltag veränderte sich schlagartig. Während Termine vor Ort reihenweise storniert wurden, wuchsen die Sondertermine für mich als Gesundheitspolitikerin und Vorsitzende des Unterausschuss Globale Gesundheit, wo ich mich intensiv mit der Infektionsentwicklung und notwendigen Schutzvorkehrungen rund um Covid-19 beschäftigen musste. Dennoch hatten die Menschen mehr noch als sonst dringende Sorgen und Anliegen und schilderten diese auch in zahlreichen E-Mails und Briefen, die ich hoffentlich alle beantworten konnte. Und es war mir auch in der Krise besonders wichtig, nah dran zu sein an der Arbeit von Pflegeeinrichtungen, Schulen, Unternehmen, um einen Blick dafür zu bekommen, was in Berlin noch getan werden muss und was vielleicht lokal oder auf Landesebene geregelt werden könnte.

Viele Besuchs- und Gesprächstermine konnte ich auf Telefon oder Videochat umlegen. Meine Bürgersprechstunde funktionierte auch telefonisch gut, mittlerweile bin ich zu einem Mix aus Telefon- und persönlichem Gespräch übergegangen. Und drängende Themen konnte ich mit Expertinnen und Experten auch öffentlich diskutieren – nur eben nicht mehr im Uditorium oder im Bürgerbüro in Göppingen, sondern meistens live bei Facebook. Wie es weitergehen soll im Kulturbereich, darüber sprach ich zum Beispiel mit dem Kirchenmusikdirektor Gerald Buß. Dabei wurde klar: Kulturschaffende brauchen mehr Orientierung, wann sich etwas an ihrer Situation ändert, wann wieder Veranstaltungen in bestimmtem Maße möglich sind. Über die Situation von Frauen weltweit in der Krise befragte ich die Gesundheitswissenschaftlerin Maike Voss.

Aber mit den nötigen Vorkehrungen waren mitt-

Digital im Gespräch: Hier mit Kirchenmusikdirektor Gerald Buß

lerweile auch wieder einige persönliche Besuche möglich. So konnte ich beim Haus der Familie aus erster Hand erfahren, was die Familien in diesen für sie besonders herausfordernden Zeiten benötigen. Und nun freue ich mich darauf, ab der nächsten Woche meine vor-Ort-Termine im Wahlkreis wieder aufnehmen zu können – bspw. bei meiner Nachhaltigkeitstour „17 Ziele – 17 Orte“.

Die persönlichen Begegnungen, den direkten Austausch bei uns im Landkreis – vieles habe ich vermisst in der Zeit. Aber manche neue Arbeitsmethode werde ich auch beibehalten. Weniger Fahrten sparen Zeit und schonen die Umwelt, wenn z.B. Besprechungen auch digital face-to-face geführt werden können. Und durch online und telefonische Termine sind Veranstaltungen für weniger mobile Menschen besser erreichbar – auch das soll also auch dann nicht ganz verschwinden, wenn Corona überstanden ist.

SPD Heike Baehrens

Einladung

Das Gespräch kann auf meiner Facebookseite fb.com/baehrensmdb verfolgt werden. Man kann sich am Gespräch über die Kommentarfunktion beteiligen und Fragen stellen, die direkt beantwortet werden.

IM GESPRÄCH...

LIVE @baehrensmdb

MIT DR. BUM GOO JONG

Botschafter der Republik Korea

Vorbild Korea – Erfolgreich in der Pandemie?

Donnerstag, 25. Juni, 16.00 Uhr

Termine

Mittwoch, 24. Juni
11:00 Uhr
„17 Ziele – 17 Orte“
Unterwegs mit der mobilen Arztpraxis
16:00 Uhr
Bürgersprechstunde
Bürgerbüro/telefonisch

Donnerstag, 25. Juni
11:15 Uhr
„17 Ziele – 17 Orte“
Virtuelles Klassenzimmer
mit Prof. Dr. Detlev Ganten,
Präsident des World Health Summit,
am Freihof-Gymnasium

16:00 Uhr
ImGespräch mit Dr. Bum Goo Jong,
Botschafter der Republik Korea
Facebook live

Montag, 29. Juni bis Freitag, 3. Juli
Sitzungswoche in Berlin

Bürgerbüro
Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de

heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 19. Juni 2020, 10 Uhr